





Geschätzte Gemeindebürger!

Wir verzeichnen eine anhaltende Teuerung, die sich gewaschen hat, Spritpreise von bis zu zwei Euro und Lebensmittel, die im Schnitt um elf Prozent gestiegen

sind, explodierende Mietzinse, eine Inflation von über zehn Prozent und eine ständige Leitzinssatzerhöhung, die variable Kredite durch die Decke gehen lässt und den Leistungsträgern unserer Republik die Luft zum Atmen nimmt. Und was macht die Regierung? Über gendergerechte Sprache diskutieren oder Empfehlungen abgeben, Burger um 1,40 Euro zu essen, wenn man kein Geld für gesunde Ernährung hat. Die

Regierung gibt Steuergeld für Asylwerber aus, die noch keinen Cent in unser Sozialsystem eingezahlt haben und sie fährt das Gesundheitssystem an die Wand, weil sie nicht fähig ist, attraktive Rahmenbedienungen zu schaffen, um die Mitarbeiter zu halten bzw. zu aquirieren. Diese und viele Ungeheuerlichkeiten mehr hat die Regierung zu verantworten.

Liebe Mitstreiter!

Um all diese Verfehlungen umzukehren und endlich wieder Politik für unsere Österreicher machen zu können, braucht es eine starke FPÖ. Laut Umfragen sind wir auf einem guten Weg, nichtsdestotrotz müssen wir Wahlen gewinnen. Daher appelliere ich an euch, im kommenden Jahr alles zu mobilisieren, um bei sämtlichen Wahlen als erster übers Ziel

zu gehen, damit kein Weg an der FPÖ vorbeiführt!

Mit freiheitlichem Gruß **LAbg. Vzbgm. Patrick Derler**

Werte Bevölkerung von Birkfeld! Es ist bedauerlich, dass der Antrag zur Erweiterung der Tagesordnung bezüglich der Bekämpfung der Teuerung in der jüngsten Gemeinderatssitzung nicht behandelt wurde, aufgrund der Stimmen der ÖVP. Angesichts der Tatsache, dass die Teuerung jeden einzelnen Bürger betrifft, ist es wichtig, dass die Gemeinde möglicherweise finanzielle Entlastungen in Betracht zieht, indem sie die Gemeindeförderungen und Subventionen erhöht und die Indexierung der Gebühren aussetzt. Die Einrichtung eines Ausschusses, um sich näher mit diesem Thema zu befassen, ist ein posi-

Es bleibt zu hoffen, dass letztendlich auch die ÖVP dem Anliegen zustimmt, da es im Interesse aller Bürger liegt, Maßnahmen gegen die Teuerung zu ergreifen. Da auch vom Bund ein Finanzausgleich an die Gemeinden zugesichert wurde, um der Teuerung bei den Gebühren entgegenzuwirken, bekräftigt unser Ansinnen.

Ihr **GR Manuel Pfeifer**

tiver Schritt.





Geschätzte Bürger!

Es steht außer Frage, dass unser Versorgungssystem einer stetigen Weiterentwicklung bedarf, die sich alleine schon aufgrund operationstechnischer Entwicklungen und neuer Behandlungsmethoden ergibt. Ebenso wenig ist zu leugnen, dass unser Gesundheitswesen in zahlreichen Bereichen massiv reformbedürftig ist, wobei hier etwa das Ausbildungssystem von Ärzten und Pflegekräften, die Stärkung des niedergelassenen Sektors oder auch der Ausbau der medizinischen Vorsorge zu nennen sind. Bedauerlicherweise macht sich bei vielen Steirern jedoch der berechtigte Eindruck breit, dass Reformen im steirischen Gesundheitswesen in den vergangenen Jahren weniger aufgrund der Ausschöpfung von Verbesserungspotentialen geschehen, als vielmehr wegen des von ÖVP und SPÖ mitzuverantwortenden Ärzte- und Pflegekräftemangels.

Dies ist zweifelsohne auch bei der am 20. Juni dieses Jahres verkündeten "Spitalsreform" der Fall. So planen die schwarz-rote Landesregierung und die KAGes-Verantwortlichen für nahezu sämtliche Krankenhausstandorte weitreichende Umstrukturierungsmaßnahmen, deren konkrete Auswirkungen für die Bevölkerung sich wohl erst in den kommenden Monaten und Jahren abzeichnen werden. Allerdings lassen der Verlust der Chirurgie am Spitalsstandort Bruck an der Mur, die Schließung der Ambulanz für Orthopädie und Traumatologie in Mürzzuschlag, die Umstellung zahlreicher Abteilungen auf Tages- und Wochenkliniken sowie der voraussichtliche Abzug der Geburtenstation am LKH Hartberg für viele Regionen massive Versorgungseinschnitte und eine noch stärkere Verlagerung der Patientenströme in Richtung Universitätsklinikum Graz erwarten. An diesem Umstand ändert auch die ebenfalls angekündigte und längst überfällige Umsetzung der langjährigen FPÖ-Forderung nach höheren Gehältern sowie einer besseren Vordienstzeitenanrechnung für Ärzte und Pflegekräfte wenig.

Wie bereits in der Vergangenheit werden im heimischen Spitalswesen einmal mehr weitreichende "Reformmaßnahmen" vor allem deshalb gesetzt, da ÖVP und SPÖ aufgrund jahrelanger Versäumnisse im Gesundheits- und Pflegebereich mit dem Rücken zur

Wand stehen. Dabei wirken sich Maßnahmen, die aus einer Notlage heraus geboren sind, leider nur selten zum Vorteil der Betroffenen aus. Vielmehr ist aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre zu befürchten, dass die getroffenen Strukturmaßnahmen die ersten Vorboten einer noch tiefergreifenden Ausdünnungspolitik inklusive Krankenhausschließungen sein könnten. Dem werden wir Freiheitliche jedenfalls nicht tatenlos zuschauen und uns vielmehr weiterhin konstruktiv, aber mit Vehemenz für die Aufrechterhaltung einer flä-





2024

mit BPO Herbert Kickl & LPO Mario Kunasek



SCHWARZL FREIZEITZENTRUM

Thalerhofstraße 85, 8141 Premstätten

BEGINN: 10.00 UHR

ab 10.00 Uhr: Musik mit der "John Otti Band"

ab 11.00 Uhr: Rede Mario Kunasek, Landesparteiobmann

Rede **Herbert Kickl**, Bundesparteiobmann



